

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2011

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 17. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 19.05.2011****öffentlich****5.3 Neugestaltung der Berliner Straße in Köln-Mülheim zur Geschäftsstraße im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020 0809/2011**

RM Moritz erinnert einleitend an die geführten Diskussionen im Verkehrsausschuss, in denen Befürchtungen geäußert worden seien, die geplanten Einengungen würden bei den Busverkehren zu Verspätungen oder sonstigen Störungen führen. Dabei gebe es im Stadtgebiet genügend Erfahrungen mit solchen Situationen. In der Tat verlangsamten solche Maßnahmen den Verkehr. Der motorisierte Verkehr habe im Falle der Berliner Straße jedoch die Möglichkeit, auf die Markgrafenstraße auszuweichen. Die vorliegende Planung finde sie begrüßenswert, da sie zu einer erheblichen Aufwertung der Berliner Straße beitrage. Hiervon profitierten nicht ausschließlich die Anwohner, sondern sie sei davon überzeugt, dass dadurch auch die Ansiedlung des Einzelhandels gefördert werde. Die Einrichtung eines Provisoriums lehne sie entschieden ab, weil Erfahrungen gezeigt hätten, dass diese oftmals über einen viel zu langen Zeitraum bestehen blieben.

Vorsitzender Klipper begrüßt die Beschlussfassung im Verkehrsausschuss. Die Busbewegungen in dem Bereich seien erheblich und er möchte dies erst auf mögliche Auswirkungen untersucht wissen. Er schlägt vor, den Zeitraum für das Provisorium auf beispielsweise ein halbes Jahr zu begrenzen.

RM Zimmermann schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden Klipper an, eine zeitliche Begrenzung festzusetzen, weil auch er die Befürchtungen von Frau Moritz teile. Ferner bittet er die Verwaltung um Prüfung in Bezug auf die Verkehrsführung am Clevischen Ring. Schon heute gebe es zahlreiche Fahrzeugführer die dort verbotenerweise links in Richtung Leverkusen abbiegen, was insbesondere für Fußgänger zu lebensbedrohlichen Situationen führe. Er fürchte, dass bei Wegnahme der jetzi-

gen Bundesstraße, nämlich der Berliner Straße, sich dieses verbotswidrige Verhalten noch vervielfältige.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, den Beschlussvorschlag aus dem Verkehrsausschuss zur Abstimmung zu stellen mit der Einschränkung, die Dauer des Provisoriums auf ein halbes Jahr zu beschränken:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Verkehrsausschuss wie folgt zu beschließen:

Geänderter Beschluss: *(analog der Fassung im Verkehrsausschuss mit Ergänzung)*

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung auf Basis des vorgelegten Vorwurfs (Anlage 1)

- **jedoch mit der Maßgabe, dass die geplanten Einengungen im Bereich des Marktplatzes und vor der Mütze zunächst nur provisorisch für längstens ein halbes Jahr angelegt werden, um die Erfahrungen abzuwarten -**

die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und auf Grundlage der sich daraus ergebenden Ergebnisse die Entwurfs- und Ausführungsplanung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.